

Riesfaer Tageblatt

Drahtanschrift
Tageblatt Riesfa,
Ferienstr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580.
Strohkasse:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 183.

Freitag, 8. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverwertungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 33 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Beile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Erwählter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

Die Sammlung der bürgerlichen Mitte gescheitert.

Die Besprechungen Höpker-Aschoff—Scholz ergebnislos.

Berlin, 8. August.

Die Besprechungen zwischen dem Abgeordneten Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei und dem preussischen Finanzminister Höpker-Aschoff von der Staatspartei währten etwa anderthalb Stunden und führten zu keinem positiven Ergebnis. In politischen Kreisen werden damit die Sammlungsbestrebungen einer bürgerlichen Mitte als gescheitert betrachtet.

Die gestrigen Verhandlungen hatten sich folgendermaßen entwickelt: Vormittags tagte der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei. Er bekannte sich noch einmal zu dem Standpunkt, daß eine umfassende Sammlung im Sinne der Aktion Dr. Scholz notwendig sei. Dabei ging er von der Ansicht aus, daß die sogenannte Hindenburglinie des Kabinetts Brünning eingehalten und im neuen Reichstag zu der Durchführung weitreichender Reformen ausgeweitet werden müsse.

Um 16.30 Uhr begann dann die Konferenz zwischen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Konservativen Volkspartei und der Landvolkspartei.

Das Scheitern dieser Verhandlungen hat seinen Grund darin, daß die Landvolkspartei erklärte, sie sei mit ihrer Organisation noch nicht so weit fortgeschritten, daß sie sich in die Bestrebungen des Herrn Dr. Scholz eingliedern kann. Das würde ihr außerdem verboten durch ihre berufsständische Einstellung, die politische Bindungen von der Art, wie sie zu Diskussion ständen, auslösche.

Dazu kommt noch, daß die Wirtschaftspartei einen ähnlichen Hinweis auf ihre Struktur gab. Damit war nicht nur der Gedanke eines engen Zusammenschlusses erledigt, sondern auch der Wahlausruf, der immerhin noch die Möglichkeit eines späteren Zusammenstehens aufzeigte sollte. Diese Verhandlungen waren kurz vor 18 Uhr beendet.

Gleich darauf begann die persönliche Aussprache zwischen Dr. Scholz und Dr. Höpker-Aschoff. Der Führer der Deutschen Volkspartei machte den Vorschlag, daß die Staatspartei in der Volkspartei aufgehen sollte und daß die neue Partei dann den Namen "Deutsche Volkspartei (Deutsche Staatspartei)" tragen sollte. Gleichzeitig bot Dr. Scholz an, daß er von der Führung zurücktreten werde, damit das Hindernis, das seine Person etwa bilden könnte, weggeräumt würde. Dr. Höpker-Aschoff erkannte zwar das Angebot Dr. Scholz, von der Führung zurückzutreten, an, glaubte aber, diese Form einer Zusammenlegung der Parteien ablehnen zu müssen, weil sie nicht dem Grundgedanken der Gleichberechtigung entspreche, der in den bisherigen Vorschlägen von Koch-Weser ausdrücklich unterstrichen worden ist. Außerdem erbat er eine Klärung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Dr. Scholz antwortete mit dem Hinweis auf die koalitionsmäßige Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei mit der Sozialdemokratie, das sei allerdings noch keineswegs eine Gesinnungsgemeinschaft.

Dr. Höpker-Aschoff unterstrich dann noch seinen Standpunkt, daß die Partei, die aus der Verschmelzung der Deutschen Volkspartei hervorgehe, in ihrem Charakter unbedingt als Mittelpartei festgelegt werden müsse. Dr. Scholz lehnte dies nun seinerseits ab und zwar mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer stärkeren, weiteren Verbindung nach rechts.

Sowohl die Staatspartei, als auch die Deutsche Volkspartei werden den Wahlkampf für sich allein führen.

Bei der Führung der Deutschen Volkspartei gibt man die Hoffnung noch nicht auf, daß eines Tages doch noch die von Dr. Scholz angestrebte Sammlung auf breiterer Grundlage zustandekommt. Im Augenblick läßt sich aber nur feststellen, daß alle Verhandlungen um ein Zusammengehen der Mitte gescheitert sind. Dies gilt sowohl für den ursprünglichen Gedanken von Dr. Scholz als auch für den Zusammenstoß von Staatspartei und Deutscher Volkspartei.

Ein Kommuniqué der Staatspartei.

Berlin, 8. August.

Der Demokratische Zeitungsdienst gibt in einem Kommuniqué folgende Darstellung der Unterredung zwischen Herrn Reichsminister a. D. Dr. Scholz und Herrn Minister Dr. Höpker-Aschoff im Reichstag:

Höpker-Aschoff wies einleitend darauf hin, daß es das Gebot der Stunde sei, eine Partei der staatsbürgerlichen Mitte zu schaffen, und daß dabei die Grenzen sowohl nach rechts wie nach links gewahrt werden müßten, daß insbesondere nach seiner Auffassung auch der Trennungstypus zwischen den konservativen Gruppen der Landvolkspartei und der Konservativen Volkspartei gezogen werden müsse, daß andererseits ebenso wie diese konservativen Gruppen auch die Sozialdemokratische Partei als eine staatsbejahende Partei anerkannt werden müsse, unbeschadet dessen, daß man im bevorstehenden Wahlkampf gegen sie kämpfe und für die Regierung Brüning-Dietrich einträte.

Minister Höpker-Aschoff machte dann in Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister Herrn Minister Scholz folgendes Angebot: Die Staatspartei und die Volkspartei schließen sich auf gleichberechtigter Grundlage zu einer Partei zusammen. Herr Geheimrat Kahle, der sowohl das Vertrauen der in der Staatspartei vereinigten Elemente wie der Volkspartei besitzt, übernimmt bis zur endgültigen Konstituierung der neuen Partei, die nach den Wahlen erfolgen soll, die Führung.

Herr Minister Scholz lehnte dieses Angebot ab und machte dafür folgendes Angebot: Die Deutsche Staatspartei geht in der Deutschen Volkspartei auf. Minister Scholz gibt in diesem Falle die Führung ab.

Minister Höpker-Aschoff erwiderte, daß dieses Angebot dem Grundgedanken aller bisherigen Bemühungen, aus dem Gehäufte der alten Parteien herauszukommen und die für die Gründung einer neuen Partei der staatsbürgerlichen Mitte in Betracht kommenden freiheitlichen Kräfte auf einer neuen Grundlage zu sammeln, widerspreche. Er klammerte sich nicht an den Namen Staatspartei. Ein Aufgehen der Staatspartei in die Volkspartei bedeute lediglich eine Sammlung auf dem Boden der Volkspartei und könne der Staatspartei nicht zugemutet werden.

Minister Scholz erwiderte darauf, daß er mit seinem Angebot bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Die Volkspartei sei nun einmal die stärkere Partei und erst der Wahlkampf müsse lehren, was überhaupt hinter der volkrationalen Bewegung stehe. Ein weiteres Entgegenkommen als das der Aufgabe der Führung sei ihm unmöglich.

Auf die Frage des Ministers Höpker-Aschoff, ob nicht am Freitagmorgen noch eine Aussprache mit Herrn Kommerzienrat Röschling stattfinden solle, der beiden Parteien eine Vermittlung angeboten habe und am Freitagmorgen in Berlin anwesend sei, erwiderte Dr. Scholz, daß er diese Unterredung für zwecklos halte. Seine Partei warte darauf, daß nunmehr die Parole zu selbständigem Vorgehen ausgegeben werde, und er werde die Parole jetzt ausgeben.

Die Stellungnahme der Volkspartei.

Berlin, 8. August.

Die Nationalliberale Korrespondenz teilt u. a. folgendes mit: Nachdem auf Grund der bisherigen Verhandlungen Aussicht bestand, daß in der Besprechung ein Ergebnis dahin erzielt werden könne, daß die Parteien auf einen gemeinsamen Wahlausruf mit dem Ziel späterer Fraktionsgemeinschaft zu einigen, gab der Vertreter der Landvolkspartei die Erklärung ab, daß seine Partei zu seinem großen Bedauern der Aktion, die er seither mit allen Kräften gefördert habe, ihre endgültige Zustimmung versagen müsse.

Darauf erklärte der Vertreter der Konservativen Volkspartei, daß hierdurch eine neue Lage geschaffen sei und er daher seine Zustimmung nicht geben könne. Der Vertreter der Wirtschaftspartei betonte, daß auch seiner Partei keine Möglichkeit der Mitwirkung mehr gegeben sei. Damit war der Versuch, noch vor den Wahlen zu einer großzügigen staatsbürgerlichen Sammlung zu kommen, gescheitert.

Minister Dr. Scholz betonte, daß die grundsätzliche Unschiedenheit in der Auffassung der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei darin bestünde, daß die Deutsche Volkspartei, auch wenn sich zur Zeit noch unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellen, beharrlich festhalte an einer Sammlung von links nach rechts, während die Staatspartei insbesondere Herr Höpker-Aschoff, in seinem bekannten Aufsatz in der "Königlichen Zeitung" ausdrücklich die Bindung an ein solches Programm abgelehnt habe zugunsten der Bildung einer neuen liberalen Partei. Die Deutsche Volkspartei habe niemals grundsätzlich ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie abgelehnt; wohl aber halte sie es jetzt für unerlässlich, der sozialdemokratischen Vorherrschaft im Interesse einer Gesundung von Staat und Wirtschaft einen verstärkten bürgerlichen Einfluß zur Durchführung des Hindenburgprogramms entgegenzustellen. Jeden Schritt, der diese Entwicklung fördere, werde die Deutsche Volkspartei mitmachen. Jeder Schritt, der davon wegführe, sei für sie unannehmbar. Würde die Deutsche Volkspartei sich der Staatspartei anschließen, so wäre damit infolge der erfolgten Festlegungen der Staatspartei die Brücke nach rechts abgebrochen. Um aber auch die letzten für die Deutsche Volkspartei im Sinne ihrer allgemeinen Einigungsbemühungen bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, machte Dr. Scholz für sich persönlich ohne vorherige Befragung irgendeiner Parteinstanz folgenden Vorschlag: 1) Die neue Deutsche Staatspartei, die stets erklärt hat, daß es ihr nicht auf die Form, sondern auf den Zweck ankomme, geht in der Deutschen Volkspartei auf. Die neue Partei trägt den Namen "Deutsche Volkspartei (Staatspartei)"; 2) Um alle persönlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, verzichte ich auf die Führung.

Herr Höpker-Aschoff erkannte zwar die Loyalität des zweiten Vorschlags an, erklärte aber mit aller Bestimmtheit, daß der Gesamtvorschlag sowohl nach der programmatischen wie nach der organisatorischen Seite für die Staatspartei unannehmbar sei. Bei Fortsetzung der Aussprache stellte sich heraus, daß weitere Verhandlungen vor den Wahlen zwecklos sind.

Stockholm, 8. August.

Der Führer des schwedischen Flugzeuges S. Dod, Nielsen, das an der Unglücksstelle des deutschen Postflugzeuges D. 1826 um 14.30 Uhr zwischen Häraräar und Storkleppah 30 Kilometer nördlich Westermil aufs Wasser gegangen war und eine Stunde zehn Minuten bei dem Bruch gewellt hatte, meldet, daß ein Schwimmer senkrecht aus dem Wasser geragt habe, das an dieser Stelle ungefähr zehn Meter tief sei. Infolgedessen mußten Taucher angefordert werden. Von der Besatzung habe man nichts entdecken können, da das schwedische Suchflugzeug nicht in der Lage gewesen sei, das Wrack zu heben. Den anderen Schwimmer fanden Bojen in der Nähe mit eingedrückter Spitze auf.

Das deutsche Flugzeug D 1826 aufgefunden.

Die Besatzung wahrscheinlich ertrunken.

Stockholm. Das Flugzeug der Deutschen Luftlinie D 1826, das vorgestern um 22.50 Uhr Stockholm verlassen hatte, ist gestern mittag bei 42° 5' in der Nähe von Waldemarsö in sinkendem Zustand aufgefunden worden. Die beiden Insassen, Flugkapitän W. Langante und der Funktelegraphist Bindemann, sind wahrscheinlich während eines Landungsversuches auf hoher See ums Leben gekommen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Spendet den Arbeiter-Samaritern

In der Woche vom 10.—17. August